

Fluglärm soll Berliner Koalitionsausschuss beschäftigen

Göppel will nachfassen

Bürgerinitiative bezeichnet Staatsregierung als „halbherzig“

ANSBACH (fri) – Der Fluglärm durch Militärhubschrauber wird bald den Koalitionsausschuss der Bundesregierung beschäftigen. Das kündigte gestern der CSU-Bundestagsabgeordnete Josef Göppel im Nachgang des am Vortag im Stadthaus geführten Gesprächs mit Staatsminister Joachim Herrmann und der Bürgerinitiative „Etz langt's“ an. Die BI hat inzwischen in einer Presseerklärung zu dem Gespräch der Staatsregierung „Halbherzigkeit“ vorgeworfen.

Ein entschlossenes Vorgehen der Staatsregierung gegen den Fluglärm liege in weiter Ferne, bewertet die BI die Aussagen des Bayerischen Innenministers. Der hatte sich, wie berichtet, für einen Erhalt des US-Standorts Ansbach ausgesprochen, aber gleichzeitig Verständnis für die Sorgen der lärmgeplagten Bevölkerung geäußert und erklärt, er setze in diesem Fall auf Gesprä-

che mit der US-Armee und eine weitere Reduzierung der Hubschrauberflüge durch Verlagerung auf Truppenübungsplätze. Dies sei die „Quadratur der Kreises“ heißt es aus der BI, die stattdessen einen schrittweisen Abzug der Amerikaner erreichen will.

Auf andere Weise will der CSU-Bundestagsabgeordnete Josef Göppel gegen den Fluglärm vorgehen. Bei der nächsten Sitzung des Koalitionsausschusses Anfang September werde er erneut die Realisierung der in der Koalitionsvereinbarung festgehaltenen Reform der Flugbedingungen einfordern, ließ Göppel gestern erklären. Ziel sei die Angleichung der Bedingungen für militärische Flughäfen an die bei Zivilflughäfen. So sollten auch Anwohner von Militärflughäfen Anspruch auf Erstattung von Lärmschutzkosten haben, erklärte Göppel. Dies sei nicht Sache der Staatsregierung, hatte Minister Herrmann dazu erklärt.